Brief aus dem Nationalrat : schon wieder die Finanzen

Autor(en): **Leemann, Ursula**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **88 (1994)**

Heft 12

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-143872

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Schon wieder die Finanzen

Natürlich weigere ich mich, die gesamte Politik nur noch unter dem Aspekt von Ausgaben- und Einnahmen zu sehen, und deshalb wollte ich auch nicht schon wieder über die Finanzen schreiben. Daraus ist nichts geworden – es wäre bei meiner gegenwärtigen Stimmungslage ein gezwungenes Ausweichen von den mich beschäftigenden Fragen gewesen. Der Marathon von *Finanzkommissionssitzungen,* den üblichen für den Voranschlag und den zusätzlichen für die Sanierungsmassnahmen, liessen mir in den letzten Wochen wenig Raum für grundsätzlichere Überlegungen. Welche staatliche Tätigkeit – oder deren Unterlassung – ist denn tatsächlich frei von Kostenfolgen? Kosten in Franken und Rappen, für die Gemeinschaft oder für die einzelnen? Genügt es, technokratisch über nichtberücksichtigte externe Kosten zu diskutieren, wenn ich an die nicht bezifferbaren Güter und Werte denke, an die Menschenwürde, an die Gerechtigkeit, die Natur? Müsste ich das Wort «Kosten» hier nicht eher ganz vermeiden?

Sparen wollen alle...

Die praktische Politik holt mich aber immer wieder ein. Ohne viel Geld sind menschenwürdige Sozialversicherungen schlechterdings nicht zu realisieren. Für die Anti-Rassismus-Kommission sind Kredite notwendig. Aber ich muss die im Voranschlag 95 eingesetzten *36 Mio für die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht* bekämpfen. Und die Erhaltung gefährdeter Vogelarten läuft entweder über die in Abschaffung begriffene Alkoholrechnung, über andere, zu erhöhende Landwirtschaftssubventionen, oder dann eben gar nicht... Das Problem ist nicht auf die Finanzkommission beschränkt. Bei der AHV sprechen wir von den 400 Mio, die ein «Frauenjahr» kostet, oder den kumulierten Einbussen im Verlauf von 20 Jahren ohne Mischindex.

Können sich in unserem Staat überhaupt noch andere als zahlen- oder frankenmässige Argumente Gehör verschaffen? Die Auseinandersetzungen über die Zwangsmassnahmen, den F/A 18 (für den 1995 Ausgaben von 860 Mio vorgesehen sind), die Drogen oder den Rassismus könnten Anlass sein, die Frage zu bejahen. Da ist ja mit der Angst, mit dumpfen Gefühlen, mit Irrationalem gefochten worden. Aber ist die Vorstellung von *Sicherheit,* die bei all diesen Vorlagen ein zentrales Thema war, wirklich etwas anderes als das Verlangen, den Status quo schwergewichtig im *materiellen Sinne* zu verteidigen? Selbst wenn dazu teure und untaugliche Mittel wie der F/A 18 gewählt würden?

Es liegt mir fern, das Sicherheitsbedürfnis der Menschen leicht nehmen zu wollen, sei es im *sozialen Bereich,* wo ich die materielle Sicherung für absolut notwendig erachte, oder im geistigen Bereich, etwa bei der *Identitätssuche* unseres Landes. Aber gerade da erschüttert mich immer wieder die Verlogenheit der Propaganda. Welches Buch, welcher Kalender über die Schweiz schwelgt nicht in schönen Bildern, Landschaften mit traditionellen Häusern, bunten Wiesen und blühenden Obstbäumen, unberührten Schneebergen und schäumenden Bächen? Die tägliche Realität zwischen Autobahn und Einkaufszentrum aber ist längst eine andere, und für die Erhaltung des Schönen wird das Geld immer knapper. Gerade die Kredite für den Natur- und Heimatschutz und die Kultur werden gekürzt...

Sparen wollen bekanntlich alle, nur nicht am selben Ort, und meist wird vorwurfsvoll

angehängt: «ausschliesslich bei den anderen». Völlig aus der Luft gegriffen ist dies nicht, da die Parteien unterschiedliche Prioritäten setzen. Unser recht detailliertes *SP-Sanierungsprogramm,* bereits im Anschluss an die Juni-Session veröffentlicht, basiert auf der Idee, dort zu sparen oder neue Einnahmen zu beschaffen, wo es aus anderen, nicht primär finanziellen Gründen angezeigt ist, wo eine Umstrukturierung der Aufgaben so oder so dringend nötig wäre. Stichworte dazu sind: Ökologisierung, Gerechtigkeit, Friedenspolitik. Und es zeigt, dass auf dieser Basis eine Sanierung ohne Sozialabbau sehr wohl möglich wäre.

Sucht- oder Habsucht-freie Gesellschaft?

Die bürgerlichen Parteien aber haben sich in ihrer eigenen Ideologie verfangen: «Keine Steuererhöhung, Defizit unter 6 Mia», verkündeten sie lautstark, noch bevor sie im Detail über die Bücher gegangen waren und obwohl der Bundesrat davor gewarnt hatte. Trotz massiven Kürzungen, z.B. bei Kultur, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit, lässt sich die bürgerliche Vorgabe einfach nicht realisieren, ohne den finanziell gewichtigen Sozialbereich und auch Bildung und Forschung einzubeziehen. «Opfersymmetrie» lautet die These, die sich auch in einem Wahljahr noch halbwegs verkaufen lässt. Obwohl ich insgesamt die Konkordanzdemokratie befürworte: Diese Spar- und Sanierungsrunde droht zur *Bankrotterklärung der Politik* zu werden. Weil viele Abstriche längerfristig verheerend sind, weil sie notwendige Reformen bremsen und spätere Mehrausgaben produzieren werden.

Natürlich sind *Steuererhöhungen nicht populär.* Der Staat ziehe längst seinen Steuerpflichtigen den letzten sauer verdienten Rappen aus dem Portemonnaie, höre ich des öftern. Objektiv stimmt dies für eine Mehrheit nicht, wie alle Untersuchungen belegen. Es genügt, den Luxusgüter- und Dienstleistungskonsum in unserem Land zu beobachten. Am schlimmsten dabei dünkt mich, dass Leute umso lautstärker gegen jede Steuererhöhung Sturm laufen, je besser es ihnen finanziell geht. Bei den Drogen pflegt die Rechte für eine suchtfreie Gesellschaft einzutreten. Nur die Habsucht-freie Gesellschaft ist kein Thema. Es verbleibt für uns der Verweis auf die *Zweidrittelgesellschaft*: Zwei Drittel, die sich noch immer recht viel leisten können; gerade wegen des restlichen Drittels aber können wir weder auf gerechte Steuern noch auf einen starken Sozialstaat verzichten.

Andere oft gehörte Vorwürfe machen auch mir zu schaffen: «In Bern wird immer noch mit der grossen Kelle angerichtet. Und in der riesigen Bürokratie gibt es viel zuviele Leerläufe.» Das *Misstrauen gegen die Behörden* kommt ja nicht von ungefähr, und zweifellos existieren überrissene Projekte ebenso wie Leerläufe. Als Parlamentarierin, auch als Mitglied der Finanzkommission, habe ich aber nur punktuell die Möglichkeit, gegen solche einzuschreiten. Es braucht gezielte, konkrete Informationen, und über die verfügen wir nicht ohne weiteres. Oder dann sind die Dinge in der Tat doch etwas komplizierter. Auch wir sind für Verwaltungsvereinfachungen, z.B. gegen unnötige doppelte Kontrollen. Allerdings sollten wir nicht vergessen, dass die meisten Vorschriften als Antwort auf Missbräuche entstanden sind. Und seitdem es auch in unserer korrekten Schweiz ganz ordinäre Korruptionsfälle gibt, ist vielleicht selbst punkto doppelte Kontrollen eine gewisse Vorsicht am Platz.

Zu schaffen macht mir nicht zuletzt das *Prozedere* in der Finanzkommission. Da werden buchstäblich über Nacht Gesetzesänderungen und dringliche Bundesbeschlüsse entworfen und dann ohne viel Federlesens beschlossen, Hauptsache, es wird gespart. Ich würde es vorziehen, anders zu legiferieren. Aber im Moment bleibt mir nichts übrig, als hier mein Teil zu leisten, Anträge gutzuheissen, abzulehnen oder selber einzubringen. Die Frage, wie die Kosten anderer Art zu behandeln seien, bleibt unbeantwortet.

Ursula Leemann